Florian Warweg berichtet hier über seine Fragen an die Bundesregierung im Fall des mit Zustimmung der Bundesregierung vom Rat der Europäischen Union vollumfänglich sanktionierten Schweizer Militär-Analysten, Bestseller-Autor und Oberst a.D. Jacques Baud. Gefragt wurde, a) ob es „tatsächlich der aktuellen Haltung der Bundesregierung entspricht, dass man renommierte Militäranalysten umfassend sanktioniert, nur weil man deren Analysen zum Ukrainekrieg inhaltlich nicht teilt“ und b) ob die Bundesregierung die „sehr fragwürdige Sanktionsbegründung vor Zustimmung auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft hat“. Unsere Leserinnen und Leser haben dazu interessante Leserbriefe geschickt. Dafür bedanken wir uns. Hier folgt nun eine Auswahl, die **Christian Reimann** für Sie zusammengestellt hat.

---

1. Leserbrief

Lieber Herr Warweg,

vielen Dank, dass Sie diese Fragen so präzise und glasklar bei der BPK gestellt haben und damit die Sanktionsentscheidung gegen Jacques Baud als das entlarvt haben, was sie ist: Eine völlige moralische wie juristische Bankrotterklärung der EU. Und Sie haben weiterhin demonstriert: Die Bundesregierung schließt sich mit der Antwort des Herrn Giese vom AA dieser Bankrotterklärung vollumfänglich an.

Besten Gruss
Hans-Peter Piepho

---

2. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Warweg!

Ihre Frustrationstoleranz ist bewundernswert! Dass die BPK Ihren Fragen ausweicht oder nicht imstande ist, Ihnen konkret auf die gestellten Fragen zu antworten, ist Ihnen ja bewusst. Trotzdem machen Sie weiter. Und das ist gut so. Viele kleine Nadelstiche tun auch weh. Und Ihre Fragen zu Jaques Baud gehören auch dazu. Frage: Wird er jetzt aus Brüssel ausgewiesen? Wo lebt er denn?

Noch ist Harald Kujat nicht sanktioniert. Vielleicht ist er aber beim nächsten Mal dabei.

Machen Sie weiter! Irgendwann bricht das selbstgesponnene Lügenkonstrukt zusammen.

Reinhard Winkler

---

3. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Warweg,
sehr geehrte Damen und Herren!

Im (deutschen) Amtsblatt der EU lese ich dazu: “Angesichts der sehr ernsten Lage ist der Rat der Ansicht …”. Also, wenn die EU schon zu derartigen Maßnahmen greifen muss, dann muss die Lage wirklich sehr ernst sein. Oder ist das auch schon wieder eine Verschwörungstheorie?

Viele Grüße
Wolf Göhring

---

4. Leserbrief

Liebe Nachdenkseiten,

die sich häufenden Fälle Jaques Baud & Andere sind für mich unfassbar. Die Folgen dieser “Bannungen” sind vernichtend für Menschen, die solchem Unrecht wehrlos ausgeliefert sind.

Die EU zerstört Leben, jede Existenzgrundlage und zeigt jedem, der es wagt, nicht zuzustimmen, was ihm droht. Auf diese Weise entsteht ein Klima der permanenten Bedrohung und Angst – in einem Rechtsstaat!!! Das ist für mich – ich bin 73 Jahre alt – unvorstellbar.

Wo ist die Gegenbewegung? Müssen sich nicht alle sich zusammentun, um dieser Gesetzlosigkeit, dieser unmenschlichen Willkür, die immer irrer wird, endlich etwas entgegen zu setzen?

Ich bedaure sehr, dass ich aufgrund meiner körperlichen Verfassung und meiner geringen finanziellen Mittel nicht aktiv sein kann, auch wenn ich es so sehr möchte. Aber es gibt doch Juristen (KRISTA ?) und finanzielle besser ausgestattete Menschen, die etwas tun können. Eine Klage gegen dieses gesetzlich nicht abgedeckte Vorgehen der EU-Kommission z.B.. Wir brauchen Bewegung statt Erstarrung. Ich weiß, ihr schreibt euch die Finger wund. Aber es kann jeden treffen, wie Pascal Lottaz im Gespräch mit Glenn Diesen sagt. Wir können doch nicht alle das Land verlassen. Ich kann es nicht, auch wenn ich es gern täte. Wohin denn? Irrsinn ist überall.

Was wir wirklich brauchen, ist Zusammenhalt über ideologische Grenzen hinweg.

Das muss ich mir von der Seele schreiben. Ich hoffe auf Ihr Verständnis.

Zuerst einmal liebe Grüße,
Christa D.

---

5. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Warweg, NDS,

Zusammengefasst: wer Propaganda verbreitet oder Verschwörungstheorien wird aussergerichtlich existenzbedrohend bestraft.

Erste Frage die entsteht ist inwiefern dieses Vorgehen der EU die Trennung zwischen Legislative , Exekutive und Judikative zu Grabe getragen hat. Im allgemeinen geht man davon aus, dass diese Trennung ein Grundprinzip der Demokratie ist.

Des weiteren stellt sich schon mal die Frage: Gibt es überhaupt Verschwörungen ? Das mit den Massenvernichtungswaffen im Irak, die Geschichte mit den Brutkastenmorden etc. Resultat einer Verschwörung oder nicht?

Verbreitung von Propaganda?
Da muss die Definition begutachtet werden:
Propaganda ist die gezielte, oft medienvermittelte Verbreitung von Meinungen, Ideen und Informationen, um die öffentliche Meinung und das Verhalten von Menschen zu beeinflussen und zu manipulieren – typischerweise zugunsten bestimmter politischer oder sozialer Interessen, oft mit verzerrten oder unvollständigen Fakten. Das Ziel ist es, eine

bestimmte Haltung oder Reaktion zu erzeugen.

Den Rest muss sich jeder selbst zusammenreimen.

Noch einen guten Rat an die NDS-Redaktion und den NDS-Lesern:
Vorsicht bei Beiträgen und Kommentaren ist geboten.

Mit freundlichem Gruß
Patrick Janssens

---

6. Leserbrief

Wer sind die Nächsten?

Zunächst einmal das obligatorische Dankeschön für die unermüdliche Aufklärungsarbeit an die gesamte Mannschaft der Nachdenkseiten. Die NDS sind für mich zur täglichen Pflichtlektüre geworden. Sie sind die Alternative zum nicht mehr genießbaren Mainstream-Medieneinheitsbrei.

Durch die Mitarbeit im NDS-Gesprächskreis Nienburg fühle ich mich auch als Mitglied der NDS-Familie.

Aber jetzt zum Thema. Mit seinen Fragen während der Regierungspressekonferenz (RPK) am 17.12. 2025 zur Sanktionierung des schweizerischen Militäranalysten Jacyes Baud ist Florian Warweg ein wahrer Coup gelungen. Er hat es tatsächlich geschafft, der Bundesregierung in der Person von AA-Sprecher Martin Giese, entgegen den sonstigen Abwiegelungen und Nichtaussagen, ein klares Statement zum EU-Sanktionsregime herauszulocken. Man muss sich die Ungeheuerlichkeit, die die Bundesregierung da abgegeben hat und die mir auch erst beim zweiten Lesen des Artikels richtig bewusst geworden ist, noch einmal vor Augen führen:

Alle, die auf diesem Feld unterwegs sind, müssen damit rechnen, dass es auch ihnen passieren könnte.

AA-Sprecher Giese hat also auf offener Bühne (RPK) angekündigt, dass es weitere Sanktionierungen von Menschen und oder Organisationen deren Meinung oder Position der Regierung nicht passt, geben könnte. Die Bundesregierung hat damit öffentlich bekannt gegeben, dass sie bereit ist, den Boden der Rechtsstaatlichkeit zu verlassen, um unliebsame

Meinungen zu unterdrücken. Das die Regierung dabei über Bande mit der EU-Führung in Brüssel spielt ist, ist hier eher von Vorteil, kann man seine Hände doch in Unschuld waschen, wie es ja bei den Sanktionsfällen Alina Lipp, Thomas Röper und Hüseyin Degro auch geschehen ist.

Wer sind die Nächsten, die unter das Sanktionsregime der undemokratischen EU-Technokraten geraten? Ulrike Guérot und Patrik Baab, die ja schon von halbstaatlicher Repression betroffen waren und trotzdem nicht schweigen? Der Norweger Glenn Diesen oder der Schweizer Pascale Lottaz mit seinen Neutrality Studies, die immer wieder prominente Meinungsdissidenten zu Wort kommen lassen? Der Schweizer Roger Köppel, der in der Weltwoche das Ukraine Narrativ kritisch hinterfragt? Die US-Professoren John J. Mearsheimer und Jeffrey Sachs, der US-Diplomat Jack F. Matlock oder gar Ex-CIA Direktor und Ex Diplomat William J. Burns, die alle die offizielle EU-Position nicht teilen? Aber Vorsicht, die USA verteidigen die Rechte von US-Bürgern mit Waffengewalt.

Man könnte auch kritische Organisationen, Parteien und Internetportale, wie z.B. Apolut, das Overton Magazin, Multipolar oder auch die Nachdenkseiten mittels Sanktionierung zum Schweigen bringen. Wie wäre es mit der SPD-Linken, die sich in ihrem Manifest für eine Verhandlungslösung im Ukraine-Konflikt ausspricht? Auch das BSW oder die AfD wären geeignete Ziele. Die Liste ist schier endlos. Irgendwie muss es doch gelingen unliebsame Meinungen in der Gesellschaft zu unterdrücken, auch wenn dabei hehre Ziele wie Demokratie und Meinungsfreiheit auf der Strecke bleiben.

Fast gleichzeitig zum neuesten Sanktionspaket haben die EU-Kleptokraten versucht, sich das in Brüssel (Euroclear) gelagerte und eingefrorene russische Staatsvermögen unter den Nagel zu reißen. Dieses Vorhaben, angeführt von den deutschen Kriegstreibern F. Merz und U. von der Leyen, ist – vorerst – gescheitert. Die Angst, dass die russische Föderation ihre Rechte vor internationalen Gerichten durchsetzen könnte, war dann doch zu groß.

So wurde lediglich beschlossen weitere 90 Milliarden Euro, die über Kredite finanziert werden müssen, im ukrainischen Korruptionssumpf zu versenken, um einen längst verlorenen Krieg zumindest noch zwei weitere Jahre am Laufen zu halten. Jens Berger wird ja sicherlich ausrechnen, was dieser Beschluss den einzelnen EU-Bürger mal wieder kostet.

Mit Demokratie, Freiheit und Menschenrechten hat das ganze Gehabe der sogenannten EU-Eliten schon lange nichts mehr zu tun. Es ist an der Zeit, dieser EU-Funktionärskaste mit entschiedenen Widerstandsaktionen europaweit entgegenzutreten.

Axel Nürge